

Die Vorsitzende des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration



HOCHTAUNUSKREIS

BESCHLUSSPROTOKOLL

der 3. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration des Hochtaunuskreises in
der X. Wahlzeit am Mittwoch, den 02.11.2011, im Landratsamt Bad Homburg v. d. Höhe.
Sitzungsdauer 18:04 Uhr bis 19:25 Uhr

A. Anwesend

Vorsitzende

Kerstin Giger

CDU

Diana Di Ianni
Andreas Knoche
Gerd Krämer
Günter Krause
Irina Sperling

SPD

Gabriele Klempert
Thomas Papadopoulos
Astrid Schatta

GRÜNE

Norman Dießner
Norbert Halas
Lars Keitel
Käthe Springer

FDP

Philipp Herbold

FWG

Karin Birk-Lemper

DIE LINKE.

Stefanie Lohnes

Kreisausschuss

Dr. Wolfgang Müsse
Uwe Kraft
Andrea Conrad
Hadmut Lindenblatt
Hermann Maier
Bert Worbs

Schriftführerin

Annette Goy

Kreistagsvorsitzender und Stellvertreter/innen

Manfred Gönsch
Carsten Filges

B. Eröffnung

Die Vorsitzende Frau Kerstin Giger eröffnet die 3. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration des Hochtaunuskreises in der X. Wahlzeit. Sie begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

C. Abwicklung der Tagesordnung

| TOP | Bezeichnung/Beschlusstext | Vorlagen-Nr. |
|-----|---------------------------|--------------|
| 1. | Mitteilungen | |

Die Ausschussvorsitzende Frau Kerstin Giger teilt mit, dass die Kreistagsfraktion GRÜNE Herrn Norbert Halas als neuen Vertreter in den Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration benannt hat.

2. **Änderung der Kostenbeitragssatzung für Kindertagespflege** **2011/0182/KA**

Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft gibt einleitend den Hinweis, dass der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung die Vorlage besprochen hat und empfiehlt diese zu beschließen.

Herr Miot, Leitstelle Kinder, Jugendarbeit, Betreuungsstelle und Sozialpsychiatrischer Dienst, beantwortet die Fragen der Abgeordneten.

Herr Miot erläutert, dass die Kostenbeitragssatzung eine Staffelung für den Erlass bzw. den Teilerlass bei Geringverdienern und eine Geschwisterermäßigung beinhaltet. Aufgrund eines hohen Verwaltungsaufwandes wurde hingegen auf eine generelle Staffelung der Elternbeiträge verzichtet.

Derzeit wird für ca. 7 % der Kinder kein oder ein geringerer Kostenbeitrag erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (6), GRÜNE (4), SPD (3), FWG (1), FDP (1)
Nein: ./.
Enthaltung: ./.

Gefasster Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Dritte Änderungssatzung zur Änderung der Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen wird beschlossen.

3. **Bericht Sozialpsychiatrischer Dienst für die Jahre 2009/2010** **2011/0166/KA**

Der Erste Kreisbeigeordnete Dr. Wolfgang Müsse geht einleitend auf den vorliegenden Bericht ein. Herr Dr. Pauly, Fachbereich Gesundheitsdienste, beantwortet die Fragen der Abgeordneten.

Zur steigenden Anzahl an älteren psychisch kranken Hilfesuchenden ergänzt Herr Dr. Pauly, dass eine zweite Tagesstätte für diese Betroffenen im Hochtaunuskreis eröffnet wurde. Eine Zusammenarbeit mit der Fachstelle Demenz zur Optimierung der Aufgabenverteilung ist geplant.

Die Gruppe der jungen psychisch kranken Erwachsenen bis ca. 25 Jahre nimmt ebenfalls an Bedeutung zu. Hierbei sind sehr individuell die Ansatzpunkte für die Hilfen zu ermitteln.

Der Jahresbericht des Sozialpsychiatrischen Dienstes für die Jahre 2009/2010 wird zur Kenntnis genommen.

4. Bericht Zentrum für Jugendberatung und Suchthilfe für den Hochtaunuskreis für das Jahr 2010 **2011/0173/KA**

Herr Kraft geht einleitend auf den Bericht ein und bittet die Abgeordneten Fragen zum Bericht an die Mitarbeiter des Zentrums für Jugendberatung und Suchthilfe zu stellen.

Frau Sohns-Riedl und Frau Debus berichten insbesondere von den durchgeführten Maßnahmen zur Alkoholprävention. Schwerpunkte wurden gesetzt auf der Laurentius Kerb in Usingen mit dem Angebot eines Chill-out-Zeltes und der Ausbildung von Jugendlichen als TaunusScouts, die u. a. auf dem Bad Homburger Laternenfest unterwegs waren.

Zum Thema Abi-Partys erläuterte Frau Sohns-Riedl, dass die Beratungsstelle zur Prävention die Abiturjahrgänge im Vorfeld in den Schulen aufgesucht hat.

Zu den Kennziffern der Kundenbefragung im Bericht zum Betreuten Wohnen auf Seite 110 wird ergänzt, dass hierbei die Bewertung nach dem Schulnotensystem angewendet wurde.

Der Jahresbericht des Zentrums für Jugendberatung und Suchthilfe für das Jahr 2010 wird zur Kenntnis genommen.

5. 7. Bericht zur Umsetzung des SGB II, Grundsicherung für Arbeitssuchende 2010 **2011/0192/KA**

Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft berichtet, dass zukünftig eine neue Strukturierung für den Jahresbericht geplant ist. In den Folgeberichten sollen auch die konzeptionellen Ansätze hinter den Kennzahlen mit einfließen.

Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft, Herr Bank, Fachbereich Arbeitsförderung, Herr Rinker, Fachbereich Hilfemanagement, Frau Bösel, Service Soziales und Arbeit, und Frau Dr. Heil, Leitstelle Rehabilitation, beantworten die Fragen der Abgeordneten.

Herr Rinker erläutert auf Nachfrage, dass zur Bearbeitung von eingehenden Widersprüchen im Bereich Hilfemanagement zu den bestehenden 1,5 Stellen eine zusätzliche Stelle bereitgestellt wurde. Generell soll hierdurch die Laufzeit von Widerspruchsverfahren reduziert werden. Herr Kraft gibt zu bedenken, dass trotzdem eine kurzfristige Abwicklung nicht immer möglich ist, da in einigen Fällen Gerichtsentscheide abgewartet werden müssen.

Im Kalenderjahr 2010 wurden folgende Forderungen aus SGB II Überzahlungen niedergeschlagen:

- 54 Befristete Niederschlagungen mit einer Gesamtsumme von 56.861,17 €
- 16 Unbefristete Niederschlagungen mit einer Gesamtsumme von 10.834,62 €

Herr Bank berichtet über die Gewährung von Arbeitgeberzuschüssen zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen. Grundsätzlich kann bei Abschluss eines Arbeitsvertrages von mindestens sechs Monaten der Persönliche Ansprechpartner einen Arbeitgeberzuschuss von bis zu 500,00 €/monatlich gewähren. Höhere Beträge sind durch die Teamleiter zu genehmigen.

Im Jahr 2010 wurden Eingliederungszuschüsse an Arbeitgeber in folgender Höhe gezahlt:

- gemäß § 16 Absatz 1 SGB II i.V.m. § 217 ff., 421f, 421o, 421p SGB III in Höhe von 544.040,70€ und
- gemäß § 16e SGB II in Höhe von 364.677,29 €

Zusammen ergibt sich ein Betrag an Eingliederungszuschüssen in Höhe 908.717,99 €.

Die Liste der Eingliederungs- und Qualifizierungsmaßnahmen wurde um die Träger ergänzt und ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

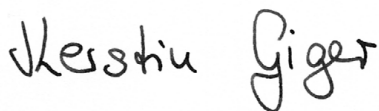
Zur „Perspektive 50plus“ erläutert Herr Bank die Beweggründe des Hochtaunuskreises dem Beschäftigungspakt der Stadt Offenbach beizutreten. Ein ausführlicher Bericht zu diesem Thema wird nach einem entsprechenden Beschluss des Kreistages im Ausschuss erfolgen.

Der Eingliederungsbericht SGB II 2010 wird zur Kenntnis genommen.

6. Verschiedenes

./.

Frau Giger dankt allen Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt die Sitzung.
Die nächste Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration findet am 07.12.2011 statt.



Kerstin Giger
Vorsitzende

Annette Goy
Schriftführerin